



Auf Eis gelegt: Der Seezugang Lido mit einem Flachufer als Kiesstrand kann wegen Einsprachen nicht erstellt werden.

Archivbild

Widerstand gegen den Seezugang Lido

Der Zugang zum Obersee beim Lido in Rapperswil kann vorerst wegen Einsprachen nicht gebaut werden. Anwohner monieren beim Bau eines Flachufers «eine unpassende Bepflanzung und zu grosse Bäume».

von Magnus Leibundgut

Der See gehört zu Rapperswil-Jona wie das Schloss. Entsprechend begehrt sind die Zugänge zum Wasser. Als im Sommer 2017 eine Petition für den Erhalt der Liegewiese im Lido umhergereicht wurde, kamen innert Wochenfrist 400 Unterschriften zusammen. Das Signal wurde im Stadthaus verstanden: An der Bürgerversammlung am 5. Dezember präsentierte Bauchef Thomas Furrer die Pläne für eine neue Lido-Wiese. Diese soll rund 4500 Quadratmeter umfassen, was ungefähr der Grösse eines Fussballfelds entspricht.

Die Bürgerversammlung hat denn für die Renaturierung der Trockenplätze und einen öffentlichen Seezu-

gang im Lido einen Baukredit von einer Million genehmigt. Die Bauarbeiten sollen sieben Monate dauern und im Juni starten.

Seezugang ohne Schilfgürtel

Das Baugesuch mit den Baueingabep länen lag auf der Bauverwaltung Rapperswil-Jona öffentlich auf. Es habe eine Einsprache mit drei Einsprechenden aus der direkten Anwohner-

Die Anwohner monieren, dass die Bepflanzung nicht der Petition entspricht.

schaft gegeben, teilt Furrer mit: Die Einsprache wurde mit «unpassender Bepflanzung und zu grossen Bäumen» begründet. Furrer ist guten Mutes, dass eine Einigung mit den Anwohnern erzielt werden kann: «Die Anwohner monieren, dass die Bepflanzung nicht der Petition entspreche, mit der ein Seezugang ohne Schilfgürtel gefordert wurde.»

«Im Grundsatz ist die Bepflanzung allerdings in Ordnung. Es geht nur um Details, in der wir unterschiedliche Auffassungen vertreten», sagt Furrer: In diesem Sinne geht der Bauchef davon aus, dass die Bauarbeiten beim Seezugang Lido wie geplant im Juni aufgenommen werden können, sodass im November die neue Liegewiese bereitgestellt wird. Möglich sei, dass die Bepflanzung der Anlage erst im Frühling 2020 erfolge.

Der Bau des Citycenter wird weiter verzögert

Zwei weitere Einsprachen sind im Stadthaus gegen den Bau des Citycenter eingegangen. Sie richten sich gegen das Erstellen eines öffentlichen Parkplatzes. Dieser soll die Parkplätze der zu sanierenden Manor-Tiefgarage für eine Zwischennutzung oberirdisch ersetzen.

von Magnus Leibundgut

Lange Gesichter bei der Citycenter Rapperswil AG: Gegen den Bau eines Parkplatzes an der Neuen Jonastrasse und an der Merkurstrasse sind Einsprachen eingegangen. Ohne die Erstellung dieser öffentlichen Parkplätze kann der Bau des Citycenter nicht in Angriff genommen werden.

Dementsprechend gross ist der Ärger bei den Bauherren: «Wegen diesen Einsprachen wird unser Projekt weiter verzögert. Die Einsprecher ziehen alle Register, um das Projekt zu verhindern. Sie befürchten Mehrverkehr wegen der Änderung des Parklatzregimes. Dabei gibt es keinen einzigen zusätzlichen Parkplatz», sagt Fabian Villiger von der Citycenter Rapperswil AG. Diese plant mit dem Projekt eines der grössten und teuersten Bauvorhaben in Rapperswil-Jona. Die Überbauung soll sich auf einer Fläche von 8500 Quadratmetern im Herzen der Rosenstadt in der Nähe des Manor-Parkhauses erstrecken. Bis zu 140 Millionen Franken soll das Projekt kosten.

Widerstand gegen Häuser-Abriss

Der öffentliche Parkplatz sei wichtig für den Bauablauf und die Stadt Rapperswil-Jona, sagt derweil Bauchef

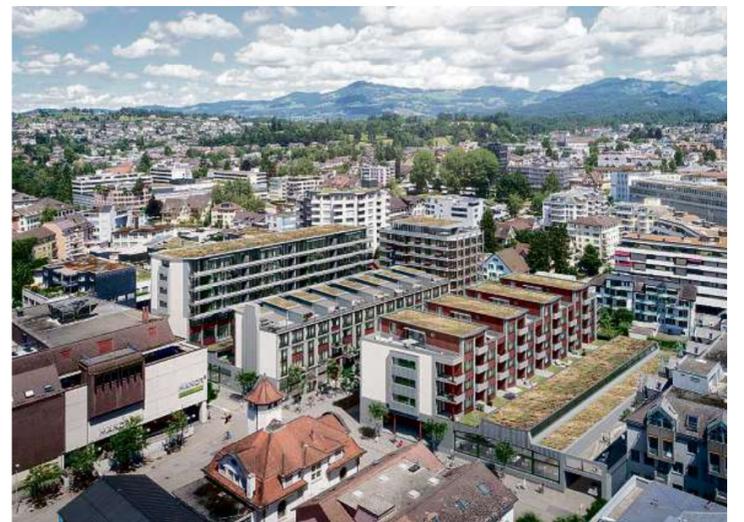
Thomas Furrer. Dies, weil er als Zwischennutzung die Parkplätze der Manor-Tiefgarage, die mit dem Bau des Citycenter erweitert und saniert wird, oberirdisch ersetzen soll. «Es gibt keine

Mit den neuerlichen Einsprachen rückt der Start der Bauarbeiten in weite Ferne.

andere mögliche Fläche für Ersatzparkplätze», betont Furrer.

In diesem Sinne könnten diese Einsprachen das Projekt Citycenter weiter grundlegend verzögern. Hinzu kommen Einsprachen gegen den Abriss bestehender Häuser, die Platz machen sollen für die Überbauung. Überdies sind Einsprachen gegen den Überbauungsplan hängig, über die das St. Galler Baudepartement entscheiden muss.

Ursprünglich hätten die Bauarbeiten für das Citycenter Anfang 2018 aufgenommen werden sollen und wurden dann auf Ende 2020 verschoben. Mit den neuerlichen Einsprachen rückt der Start der Bauarbeiten in weite Ferne.



In der Pipeline: Demnächst entscheidet das St. Galler Baudepartement über den Überbauungsplan Citycenter.

Archivbild

Vier Fragen an ...

Thomas Furrer

Bauchef in Rapperswil-Jona



1 Andauernd gehen am Obersee Einsprachen gegen Bauprojekte ein. Ist das einfach typisch Rapperswil-Jona? Nein. Partikularinteressen gibt es überall auf der Welt und beileibe

nicht nur in der Rosenstadt. Es entspricht vielmehr dem Zeitgeist, mit Einsprachen Bauprojekte zu verhindern. Aber was mir auffällt: Es geht oft um alte Geschichten. Vergessen, was einmal war, ist schwer. Vielleicht ist das typisch Rapperswil und Jona.

2 In Rapperswil-Jona fällt allerdings auf, dass man gegen alles und gar gegen Bäume ist. Will man hier gerne sonntags im Rosengärtli spazieren, aber keine Grünzone vor der eigenen Türe? In Rapperswil-Jona herrscht eine an-

dere Mentalität vor als in vergleichbaren Städten, weil hierzulande eine Urbanität fehlt und damit auch der Sinn für das Gemeinwohl. Kommt hinzu, dass Einzelpersonen viel Einfluss haben und diesen bis ins hohe Alter geltend machen. Manchmal laufen Geschichten ab wie in Seldwyla. Die Stadt der Zukunft ist in vielen Köpfen noch weit weg.

3 Was bedeutet diese Haltung konkret für die Bauprojekte? Nur die Mutigen und Ausdauernden wagen sich noch an Projekte. Vielfach gehen dann auch Qualitäten verloren, weil die Einsprachen zu

einer Ausnivellierung der Architektur führen kann: Ein gutes Projekt wird so zerzaust, dass am Schluss nur noch der Kompromiss bleibt – und der ist selten besser, schon gar nicht für die Stadt und ihr Image. Chrüzacher I bekommt dann ein Geschoss weniger, und Chrüzacher II muss in der Regelbauweise erstellt und kann nicht in einer dem Ort entsprechenden Art gebaut werden. Die Juristen verdienen gut, und die Gerichte beklagen Überlast. Der Rechtsstaat läuft auf dem letzten Zacken, und Entscheide dauern Jahre. Das kanns nicht sein.

4 Was kann ein Bauchef einer mittelgrossen Stadt dagegen ausrichten?

Viel Geduld aufbringen und erklären, wo wir hin wollen und warum wir das so machen. Auf dem politischen Weg versuchen, die Gemüter zu gewinnen und für städtebaulich überzeugende Lösungen kämpfen. Naturgemäss führt dies zu einem grossen Mehraufwand, aber nur, wenn wir die Bürger vom eingeschlagenen Weg überzeugen, können wir die Stadt auch besser gestalten. Manchmal vermisse ich die Stimme der jungen Menschen, für sie planen und bauen wir ja heute. (ml)